

Konzernverantwortung – Peter Gehler und Beat Flach zoffen sich im ZT-Talk

Die Konzernverantwortungsinitiative spaltet die Schweiz. Im ZT-Talk streiten sich WRZ-Präsident Peter Gehler und GLP-Nationalrat Beat Flach heftig über die möglichen Auswirkungen der Vorlage, über die wir am 29. November abstimmen.

Philipp Pfister

Was passiert, wenn die Schweiz am 29. November der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) zustimmt? Peter Gehler, Präsident des Verbandes Wirtschaftsinstitut Zofingen (WRZ) und erster Pharmapark bei der Siegfried AG in Zollikofen, wenn die Vorlage auf die Schweizer Unternehmen zukommen würde. Sämtliche Unternehmen müssten unter diesem Generalverbot, mit der Initiative werde ein «riesiges bürokratisches Monster» geschaffen. «Es ist gar internationalen Geschäfte zu machen. Die über die Standards einhalten», kontert GLP-Nationalrat Beat Flach, der dem «übergriffigen Komitee für Konzernverantwortung» angehört. Dort, wo es um Ausbeutung und Umweltzerstörung kommt, müsse ein Riegel geschoben werden. «Es wird die Hauptaufgabe dieser Initiative sein, präventiv zu wirken, dann sind wir im Einklang mit den internationalen Menschenrechten».

Peter Gehler über die möglichen Folgen der Initiative für die Siegfried AG in Zollikofen. «Wir sind unter einem Generalverbot, den die Initiative über alle Firmen in der Schweiz ausdehnt. Wir werden sehr stark konfrontiert sein mit den Haftungsgesetzen. Man werde prüfen müssen, wo es heisst, wenn man auch für Unternehmen haften müsse, die gar nicht zur Siegfried AG gehören. Die Initiative schaffe ein «riesiges bürokratisches Monster». «Wir müssen für sämtliche Geschäftsbearbeitungen jederzeit nachweisen, dass wir die Sorgfaltspflicht eingehalten haben.» Damit könne man nicht erst beginnen, wenn eine allfällige Klage am Tisch liege. Die Folge, das Lieferanten «Kabeljäger» erhalte, wie wir sie auch bekommen. Das könnte vor allem kleine Unternehmen nicht ertragen.

Beat Flach über den Vorwurf, die Initiative mache die Schweiz wirtschaftlich als Laden schwach. «Die Globalisierung hat viel Positives in die Welt gebracht. Wir Schweizer sind die Gewinner gewesen. Wir werden von Menschen sehen die die Globalisierung nicht danken, was im Initiativeverbot herangezogen werden. Aber! Es gibt die negativen Auswirkungen, die man auch nicht wieder sieht. Die Schweiz als Big Player steht in einer gewissen Konkurrenz. Ein bürokratisches Monster könnte verhindern werden, indem man die Initiative versteht und umsetzt. «Es werden wir machen. Das Parlament ist immer noch nicht bereit und es werden nicht. KMI seien schon nach dem Initiativtext ein «riesiges bürokratisches Monster» und seien als KMI stöberschlag tätig seien. Mit der Initiative werde man sich in internationalen Güter-Gleichheiten. «Die europäische Union wird sich Lieferantenspezifisch entscheiden, das werden geht als diese Initiative.» «Wir machen nicht, das darf er sagen. Das ist die Arbeit».



Angen sich darüber, das nicht über das gesprochen wird, was im Initiativtext steht: Siegfried-Manager Peter Gehler.



Beat Flach, GLP-Nationalrat.

«Die Initianten wollen mit spektakulären Fällen vor ein Schweizer Gericht kommen.»

«Wir verdienen derartig viel Geld, dass wir auch eine Verantwortung tragen.»

nicht mehr im Ausland investieren dürfen. Wir wollen auch nicht irgendwelche Sova-Vorschläge nach Kongress portieren.»

Peter Gehler über seinen Ager darüber, dass die Befürworter über eine mögliche Umsetzung reden und nicht darüber, was im Initiativeverbot steht (siehe Box rechts). Was Beat Flach macht, machen alle Initianten, sagt Peter Gehler: «Sie spitzeln ab».

«Die Vorlage schafft ein riesiges bürokratisches Monster.»

Peter Gehler, Präsident Wirtschaftsinstitut Zofingen

len alles wech, was im Initiativtext steht. Ich stimme am 29. November darüber ab, was in der Initiative steht – nicht was Beat Flach macht, was man dann allfällig daraus macht. Das ist mein Demokratieverständnis, und darauf werde ich beharren. «Aber andere sei nicht selber Politik, und das ärgert mich als Demokrat nicht». In der Initiative sei keine Sorgfaltspflicht für «sämtliche Geschäftsbearbeitungen» die Folge sei, dass Unternehmen nachbelege erheben, die weitergegeben würden. «Die Firma Seno AG aus Oltingen, die bei uns einen Standbau realisiert, wird bewiesen müssen, woher der Stahl kommt.»

Beat Flach über die Umsetzung der Vorlage, die nur Mindeststandards fordern und warum Gehler diese Behauptungen zurückweist. Bei einem Ja zur KVI starre man sich selbst über Verantwortung nicht auf der eigenen Waise, sagt Flach. Sondern bei einem Initiativ, «bei dem wir schon seit zwei Jahren diskutieren, wie man

haben gesehen, dass die Initiative unsehr sei über den Hintergrund, was Schweizer Unternehmen heute schon alles prüfen Sorgfaltspflicht unternehmen. Zudem sei sie auch mit der heutigen Rechtsordnung vereinbar und mit dem, was international alle passieren. Mehr als die Mindeststandards, die man ja heute schon verspreche, welche die Initiative nicht. «Man muss nicht jedem einzelnen Geschäftlichen hinterherren und kontrollieren, wie es gelebt wurde und wofür das Kälbauer der Maschine geht. Das wird niemand, das wäre haubenchen.»

Entgegen den Behauptungen der Initiative, welche die Initiativ viel weiter als, was heute in anderen Ländern geht, kontert Peter Gehler: «Deshalb lässt sich für den Gegenvorschlag, Dieser ist international abgestimmt. Wenn Europa weiter geht, dann können wir auch weiter gehen. Aber in Einklang mit anderen Ländern.» «Die allermeisten Firmen haben heute schon alles, was sie in ihren Prospekten

ten aber raschen, wie andere Unternehmen sei. Das sind nicht mal ein Mindeststandard, gegen Menschenrechte verstoßen, gegen Kinderarbeit gerichtet fördern. «Es ist gut, internationalen Geschäfte zu machen. Man muss aber die Standards einhalten.» Dort, wo es um Ausbeutung und Umweltzerstörung kommt, müsse ein Riegel geschoben werden. «Es wird die Hauptaufgabe dieser Initiative sein, präventiv zu wirken, dann sind wir im Einklang mit den internationalen Menschenrechten».

Peter Gehler und Beat Flach über den unstrittigen Punkt der Vorlage, wonach Schweizer Unternehmen für allfällige Schäden im Ausland haften gemacht und in der Schweiz eingeklagt werden können. Den Vorschlag, dass man bei einem massenhaften Schaden zunächst im Ausland klagen müsse, bevor ein Verfahren in der Schweiz möglich sei, hält den Initianten vehement abgelehnt. «Warum? Sie wollen mit spektakulären

men. Glauben Sie, sie suchen das Urteil? Flach? Sie suchen den mal auf begleiteten Prozess. Ein angeklagtes Unternehmen müsse sich dann überlegen, ob vier Jahre lang in den Medien stehen sollte. «Dann lässt man lieber eine halbe Million.»

Die Befürwortungen von Peter Gehler seien übertrieben, sagt Beat Flach. Wenn jemand klagen, müsse der Schaden nachgewiesen sein, und es müsse eine Kausalität belegt werden. Wenn ein Unternehmen seine Sorgfaltspflicht eingehalten habe und dies nachweisen könne, habe es nichts zu befürchten. «Das machen sie ja heute schon.»

Das sogenannte Forum Shopping – also das Ausweichen von gerichtlichen Möglichkeiten – sei tatsächlich eine Gefahr, sagt Beat Flach. Bei der Umsetzung werde dies berücksichtigt: Danach müsste ein Kläger nachweisen, dass ein Schlichtungsverfahren durchlaufen, bevor eine Klage anstrengen könnte. «Ist wenn das Schlichtungsverfahren schon

ten, kann man an ein Gericht gelangen.» «Ich kann mit nicht vorstellen, dass das Schweizer Parlament dieses Forum Shopping über eine Hälfte der Initianten.» «Wir sind ja froh, wie wir es erwarten.»

Peter Gehler und Beat Flach über den Streitpunkt, wie viele Unternehmen bei einer Annahme der Initiative wirklich betroffen wären. «Aber Frager gestellt werden immer Gleitzone, Syngenta und Helcim», sagt Gehler. Die Initianten würden jetzt so tun, als ob ihr ganze Unternehmen betroffen wären. «Aber andere wird wegschick. Ich stimme über das ab, was im Text steht. Betroffen seien danach Schweizer Unternehmen, die international tätig seien. «Alle Klein, gross, mittel.» Zwar gebe es Ausnahmen für KMI, aber weil in punkto Sorgfaltspflicht ein ganzes System installiert werden, seien auch alle Zulieferer betroffen.

Beat Flach Nationalrat GLP

den, kann man an ein Gericht gelangen.» «Ich kann mit nicht vorstellen, dass das Schweizer Parlament dieses Forum Shopping über eine Hälfte der Initianten.» «Wir sind ja froh, wie wir es erwarten.»

«Hauptaufgabe dieser Initiative wird sein, präventiv zu wirken.»

Beat Flach Nationalrat GLP

im Initiativtext sei von einer «angemessenen Sorgfaltspflicht» die Rede, sagt Flach. «Das müssen wir nachher als Gesetzgeber umsetzen. In anderen Teilen der Schweiz nicht, auch nicht das Coftingeschäft. Es betrifft tatsächlich internationale Firmen, allerdings nicht nur große: Man kann auch mit 20 Leuten eine Mine betreiben, wo Flusidantmanen gefollet werden.» Zur Frage, was eine angemessene Sorgfalt sei, gebe es in der Schweiz bereits eine umfangreiche Rechtsprechung. «Das ist nicht überbordend, im Gegensatz, die ist sehr konservativ.»

«Aber, was Beat Flach erzählt, steht im Gegenschlag», meint dazu Peter Gehler. Erkräftet er dazu die Sorgfaltspflicht und das diese international angepasst werden könne. Wenn die EU etwas versäme, könne die Schweiz dies ganz einfach nachvollziehen. «Aber ohne die missbilligenden Klagenrichtlinien, die den NGOs so wichtig sind.»

«Wir verdienen als reiches Land derartig viel Geld, dass wir auch eine Verantwortung tragen – für die Menschlichkeit, für die Umwelt», so Flach. We man die recht, müsse griff sein. Die Initiative bringe die Frage auf den Punkt, was die wirtschaftliche Verantwortung – und allfällig auch die Haftung – für Schweizer Unternehmen im Ausland sei.

anderem in Burkina Faso. «Sie want von der Initiative, weil sie sagt, die Konzern seien nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Sie schaffen Arbeitsplätze.» Die Vorlage bewirke genau das Gegenteil. Sie hindere Schweizer Unternehmen daran, in wenig entwickelten Ländern aktiv zu werden. «Man nimmt ihnen die Geschäftsbüro an den Händen und macht Schweizer Richter zu fremden Richtern.»

«Aber, was Beat Flach erzählt, steht im Gegenschlag», meint dazu Peter Gehler. Erkräftet er dazu die Sorgfaltspflicht und das diese international angepasst werden könne. Wenn die EU etwas versäme, könne die Schweiz dies ganz einfach nachvollziehen. «Aber ohne die missbilligenden Klagenrichtlinien, die den NGOs so wichtig sind.»

«Die vermündigte Stimme in den Diskussionen kommt von Isabelle Cheloni, der grünen Bundesrätin, sagt auch Gehler. Cheloni qualifiziert sich nicht